

# Ausgangspunkt ist das Netz

Orientierungshilfe auf dem steinigen Weg der Rekommunalisierung von Strom- und Gasnetzen geben WOLFGANG ZANDER und CHRISTOF NIEHÖRSTER\*.

Ungewöhnlich viele Kommunen beschäftigen sich derzeit mit der Neuvergabe von Konzessionen für Strom- und Gasnetze. Aus kommunaler Sicht gibt es dabei eine Vielzahl von Optionen zu prüfen. Neben den Interessen der Kommune ist aber stets auch das übergeordnete Ziel einer sicheren und preiswerten Energieversorgung im Auge zu behalten.

## Ein eigenes Netz birgt auch Risiken

Oft verläuft die Entscheidung sehr geradlinig in Richtung der einfachsten Option: Der Neuabschluss mit dem bisherigen oder auch einem neuen Konzessionär läutet für die Gemeinde in der Regel eine fast zwanzigjährige Ruhephase ein, in der sie sich kaum noch mit dem Thema beschäftigen muss. Dabei sollten Kommunen aktuell beachten, dass einige Elemente dieser rein vertraglichen Lösung, wie Folgekostenregelung, Endschaftsklausel und Laufzeit, noch sorgfältiger als früher verhandelt werden, weil neue gesetzliche und regulatorische Festlegungen zu berücksichtigen sind.

Inzwischen wird im Zusammenhang mit der Konzessionsvergabe vielerorts aber auch über Chancen und Risiken für eine kommunale Aktivität in der Energieversorgung diskutiert. Kleinere Kommunen können sich dazu mit anderen Gleichgesinnten zusammenschließen und suchen sich in der Regel einen im Netzbetrieb und in weiteren

Wertschöpfungsbereichen erfahrenen sowie finanzstarken Partner.

Vor der Entscheidung über die zukünftige Gestaltung der Energieversorgung diskutiert jede Kommune ihre individuellen Ziele und legt diese dann für das weitere Verfahren fest. Wird dieser Entscheidungsprozess vernachlässigt, drohen Ineffizienzen. Als wichtigste Ziele gelten meist nachhaltige Zusatzerträge ohne hohen Kapitaleinsatz und ohne großes Risiko, die Möglichkeit, aktiv auf die Energieversorgung Einfluss nehmen zu können sowie die Gelegenheit, ökologisch orientierte Konzepte zu verfolgen.

Ausgangspunkt für die Suche nach dem optimalen Geschäftsmodell ist die Entscheidung über das Eigentum an den Netzen, das durch die Regulierung einen Sonderstatus einnimmt. Nur wenn eine Kommune zumindest anteilig in eine Eigentümerrolle schlüpft, kann sie im Netzbetrieb systematisch Überschüsse erwirtschaften. Sie muss sich also zwischen der risikolosen Konzessionsvergabe an einen Dritten und der risikobehafteten Eigentümerrolle entscheiden. Ein alleiniges Eigentum einer Kommune am Netz kommt meist wegen fehlender Kapitalstärke und der zu hohen Risiken einer Übernahme nicht in Frage.

Wer eine Eigentümerrolle anstrebt, klärt als nächstes, wer den Netzbetrieb übernehmen und die Risiken der Regulierung tragen soll. Da Kommunen ohne bestehende Stadtwerke üblicherweise keine Netzbetriebskompetenz haben, bleibt ihnen nur die Entscheidung zwischen dem Netzbetrieb

durch einen Dritten in einer Pachtlösung und einem Stadtwerkemodell, das die Betriebsverantwortung in einer kommunalen Gesellschaft mit Beteiligung eines erfahrenen Dritten vorsieht.

In einem dritten Schritt befindet sich die Kommune darüber, ob sie neben der Aktivität im Netzbereich in weiteren Wertschöpfungsbereichen der Energieversorgung aktiv werden will. Diese Entscheidung wird zwar im Tenor durch die beiden vorherigen Festlegungen beeinflusst. Chancen und Risiken eines Energievertriebes oder eigener Erzeugungsaktivitäten können Städte und Gemeinden aber auch unabhängig von den Netzfragen abwägen.

Für die schließlich folgende Netzübernahme muss sich der neue Kon-

zessionär auf einen steinigen Weg mit vielen Unwägbarkeiten gefasst machen. Beliebter Streitpunkt ist die Herausgabe wichtiger Netzdaten durch den Altkonzessionär. Qualität, Quantität und Zeitpunkt der Übergabe von Informationen führen häufig zum Dissens. Der neue Konzessionär benötigt aber zwingend umfassende Informationen, weil er diese für die eigene Positionsbestimmung und folgende Verhandlungen braucht.

Auch die wegen der Neuvergabe einer Konzession oft nötige Trennung von Netzen, die so genannte Netzentflechtung, ist ein konfliktträchtiges Thema. Dafür ist zuerst ein technisches Konzept erforderlich. Danach geht es aber auch um den Zeitplan und darum, wer welche Kosten trägt. Ist der Bau von Anlagen zur Entflech-

tung unvermeidbar, kann schnell ein Zeit- und Kostenplan überschritten werden.

Regelmäßig zu Unstimmigkeiten führen auch die Verhandlungen über die Finanzen. Der Kaufpreis ist die wichtigste Einflussgröße für die Wirtschaftlichkeit des Netzbetriebes. Immer wieder kommt es zum Dissens über die richtige Ermittlungsmethodik und eine Vielzahl von Bewertungsdetails. Gar nicht so einfach ist es auch, die Fakten dann in einen konsensfähigen vertraglichen Rahmen zu gießen.

Die operative Abwicklung der Netzübernahme ist ein weiteres schwieriges Thema. Dabei geht es vor allem um die Übergabe von Betriebsinformationen und Netzkundendaten, aber auch um Vereinbarungen zu Themen der Messung und Zählung sowie zum Zeitplan.

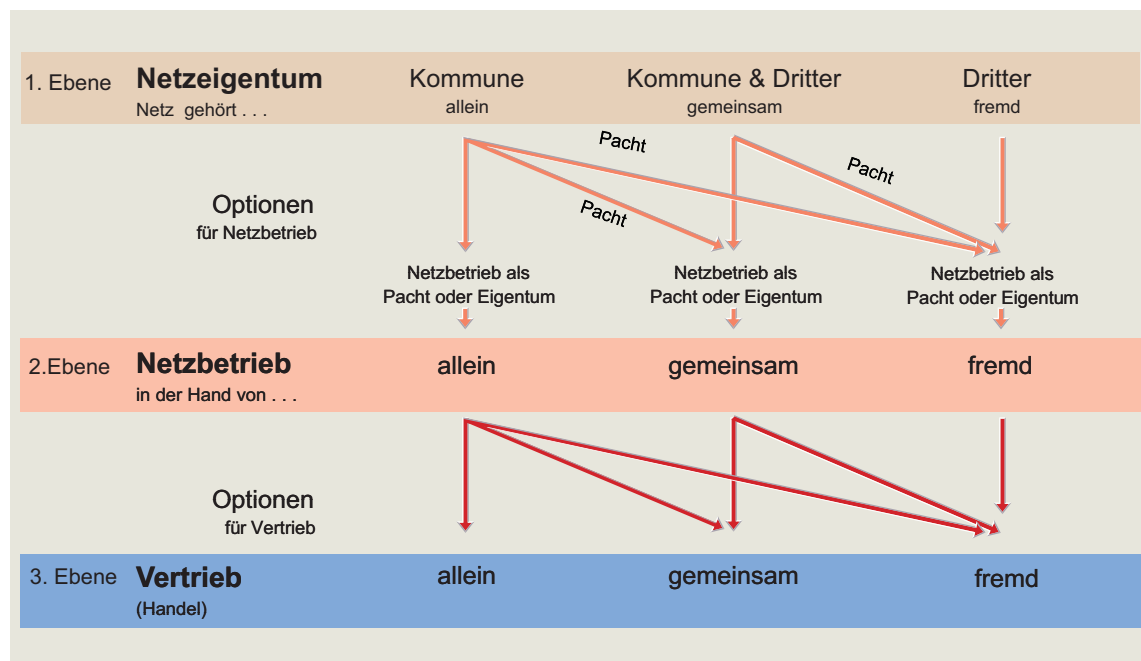
Die Neugestaltung der Energieversorgung von Kommunen hat also viele Facetten: Sie kann zu einem vergleichsweise gemühten Spaziergang werden, wenn sie auf die sorgfältige Konzessionsvergabe beschränkt bleibt. Sie kann aber auch zum Streit um das Netz auswachsen und den ganzen Wagemut eines Stadtwerkes beanspruchen.

## Rekommunalisierung muss nicht erfolgreich sein

Aus Rekommunalisierungsaktivitäten resultieren nicht nur Erfolgsmodelle, es gibt auch nicht so vorzeigbare Projekte, bei denen die anfängliche Euphorie durch überhöhte Kaufpreise, nicht refinanzierbare Entflechtungskosten und operative Probleme gedämpft wurden.

Um das auszuschließen, müssen sich Kommunen und Netzbetreiber frühzeitig und sorgfältig mit ihren Handlungsoptionen auseinandersetzen und nicht nur einem Modetrend folgen. Oft genügt der erfahrene und unabhängige Blick auf ein paar wichtige Fakten, um teure Folgekosten zu vermeiden. Chancen und Risiken sollten ehrlich und auf der Grundlage von tatsächlichen Erfahrungen gegeneinander abgewogen werden. Nur so können zukunftsweisende Entscheidungen über die Energieversorgung in den Kommunen getroffen werden. **E&M**

\* Wolfgang Zander, Christof Niehörster, Berater, BET GmbH, Aachen



Ein Schritt nach dem anderen: Ausgehend vom Eigentum an den Strom- und Gasnetzen eröffnet sich für Kommunen eine Palette von Optionen